



Doris Achelwilm
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

DJV-Umfrage zu freien Journalist*innen in Coronazeiten – Doris Achelwilm fordert Hilfsfonds für unabhängigen Journalismus

Berlin, 04.06.2020
Bezug: Umfrage des Deutschen Journalisten Verbands

Doris Achelwilm, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 1.850
Telefon: +49 30 227-73246
Fax: +49 30 227-70246
doris.achelwilm@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen:
Doventorstraße 2-4
28195 Bremen
Telefon: +49 0421-1653974
Fax: +49 0421-1783980
doris.achelwilm.wk@bundestag.de

Sprecherin für Gleichstellungs-,
Queer- und Medienpolitik

Mitglied im Ausschuss für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss
für Kultur und Medien

Anlässlich der am heutigen Donnerstag veröffentlichten Umfrage des Deutschen Journalisten Verband (DJV) zur wirtschaftlichen Situation freier Journalist*innen in der Coronakrise kommentiert Doris Achelwilm, Sprecherin für Medienpolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

„Auch im Journalismus trifft die Coronakrise diejenigen besonders hart, die am wenigsten abgesichert sind. Wie die Zahlen des DJV zeigen, sind die Einkommenseinbußen bei freien Journalist*innen erschütternd: Ein Drittel verzeichnet überhaupt keine Aufträge mehr, im Mittel liegen die Einnahmen derzeit bei 780 Euro im Monat – weit unter dem Existenzminimum. Von den laufenden Akutmaßnahmen profitieren zu wenige, weil die verschiedenen Soforthilfen an der Arbeits- und Einkommensrealität freischaffender Journalist*innen häufig vorbeigehen. Hier gilt es dringend nachzusteuern und einen Hilfsfonds mit Zuschüssen zur existenzsichernden Kompensation von Einnahmeausfällen für Medienschaffende auf den Weg zu bringen.“

Dass auch freie Mitarbeiter*innen öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten massive Auftragsrückgänge verzeichnen, ist leider ebenfalls ein Problem. Gerade die großen Häuser sollten ihre Verantwortung ernst nehmen, für ihre Freien, die immerhin die Hälfte der Belegschaft stellen, existenzsichernde Lösungen zu finden. Auf der anderen Seite zeigt die Umfrage, dass bis zu einem Drittel der Freien weniger ihrem Beruf nachgehen kann, weil sie ihre Kinder betreuen müssen. Journalistische Arbeit muss real durch ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ermöglicht werden.“

Die Abgeordnete abschließend: „Freie Journalist*innen sind eine tragende Säule unserer Medienlandschaft und aufgrund ihrer schlechteren Absicherung besonders zu schützen. Damit ihre kritische Berichterstattung vor Ort und in inhaltlicher Breite auch nach dieser Krise noch existiert, braucht es jetzt zügige und wirksame Hilfen für Journalist*innen.“